



Vierteljährlicher Abonnementssatz, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum eines
kleinen Blattes 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Erschließung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 30. Abend-Ausgabe.

Zweihundertsechziger Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dienstag, den 13. Januar 1891.

Das Einkommensteuergesetz.

Berlin, 12. Januar.

Die conservative Partei giebt sich große Mühe, das Einkommensteuergesetz so schnell wie möglich zu erledigen und in der freisinnigen Partei besteht gegen dasselbe wenigstens eine grundähnliche Abneigung nicht. Die Regierungsvorlage enthält eine Reihe von Bestimmungen, die unerlaubte Verbesserungen enthalten und Manches, was in der Regierungsvorlage mangelhaft war, ist durch die Commissionsbeschlüsse verbessert worden. Es ist nur eine kleine Anzahl von Punkten, an denen die freisinnige Partei Anstoß nehmen muß. Hierher zähle ich die Behandlung der mediatisierten Fürsten und die Quotierung.

So lange Herr von Scholz Finanzminister war, beharrte er darauf, daß an der Steuerfreiheit der mediatisierten Fürsten nicht geäfftet werden dürfe und daß es besser sei, über die Verbesserung des Einkommensteuergesetzes gar nicht zu sprechen, wenn man auf diesem Punkte beharre. Jetzt hat sich der Standpunkt der Regierung geändert. Sie erkennt an, daß jene Steuerfreiheit eines jeden Rechtsgrundes entbehre. Dennoch will sie denselben eine Entschädigung zahlen. Es ist vorauszusehen, daß, wenn das Gesetz vorläufig nicht in Stande kommt, einmal der Zeitpunkt kommen wird, in welchem man mit jenem Privilegium ohne Umstände ein Ende macht. Hier liegt für die freisinnige Partei eine starke Versuchung, den Abschluß des Gesetzes nicht zu übersehen.

Die Quotierungsvorschläge, wie sie in dem Gesetz enthalten sind, sind umständlich und unpraktisch. Sie führen dahin, daß sich für eine Reihe von Jahren große Befände in den Staatskassen aufhäufen, die unverwendet liegen bleiben. Die freisinnige Partei stellt das einfache Verlangen, daß der ganze Mehrertrag, den das Gesetz bringt, dazu verwendet wird, sämtliche Steuerzahler in gleichen Verhältnissen zu entlasten. Wenn man daran glaubt, daß das vorliegende Gesetz nur den Anfang einer „großartigen Steuerreform“ bildet, und daß diese großartige Steuerreform ununterbrochen und eifrig betrieben werden soll, so ließen sich ja die Miquel'schen Vorschläge zur Noth rechtfertigen, obwohl auch dann noch Bedenken geltend zu machen wären. Aber wenn die Landgemeindeordnung ins Stocken kommt, kommt die großartige Steuerreform auch in das Stocken und wirbleiben mit dem unbehilflichen Interim Jahre lang behaftet.

Herr von Caprivi hat bei Anfang der Session gefragt, daß die Regierung ihre verschiedenen Gesetze als ein zusammenhängendes Ganze ansiehe, und wenigstens vorläufig das Eine von dem Andern nicht getrennt zu sehen wünsche. Diesen Gesichtspunkt haben die Conservativen sich nicht angeeignet; sie bestreben sich vielmehr, die beiden Gesetze so weit als möglich von einander zu trennen. Hätten sie gesagt, daß sie dasjenige, was ihnen in der Landgemeindeordnung weniger angenehm ist, annehmen wollen, um so das Einkommensteuergesetz durchzubringen, so hätten die Freisinnigen sagen können, daß sie dasjenige, was ihnen an dem Einkommensteuergesetz weniger angenehm ist, annehmen wollen, um die Landgemeindeordnung durchzubringen. Man kann den Freisinnigen in der That nicht süßlich zumutzen, daß sie jetzt an einem Gesetze freudig mitarbeiten sollen, das zunächst auf eine Steuererhöhung hinausläuft, wenn ihnen nachträglich die Gefahr droht, daß die Landgemeindeordnung in dem Papierkorb des Herrenhauses hängen bleibt. Die Regierung könnte in der That mehr dafür thun, zu zeigen, daß sie für beide Entwürfe ein gleich warmes Herz hat.

M. Schlesien und Posen im Etat der Eisenbahnverwaltung für 1891—92.

Unter den einmaligen Ausgaben des Etats der Eisenbahnverwaltung finden wir folgende, die sich auf Schlesien und Posen beziehen, und zwar zunächst an fernerer Raten für bereits früher be-

willigte Bauten: 50 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes zu Laurahütte, 250 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes in Glatz, 300 000 M. zum Umbau des Bahnhofes in Glogau und 250 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes in Tarnowitz; ferner Schlussraten von 20 000 M. zur Vereinigung der Bahnhöfe der Rechte-Oder-Ufer- und der Posen-Kreuzburger Bahn bei Kreuzburg und 50 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes zu Schwientochlowitz.

An neuen Ausführungen sind vorgesehen: 100 000 M. als erste Rate zur Erweiterung der Gleisanlagen auf Bahnhof Bentschen. Die dort gegenwärtig vorhandenen Gleise entsprechen weder an Zahl noch an Länge dem in neuerer Zeit erheblich gesteigerten Verkehr. Außerdem liegt ein großer Nebelstand darin, daß die Züge aus den fünf dafelbst zusammenstossenden Richtungen Frankfurt a. O., Guben, Posen, Meseritz und Wollstein nicht einlaufen können, ohne daß die Wege derselben zum Theil einander kreuzen, wodurch neben der damit verbundenen Gefahr auch häufige Behinderungen des Zugverkehrs entstehen. Es wird deshalb beabsichtigt, die Einfahrtsgleise so anzurichten, daß die aus den verschiedenen Richtungen einlaufenden Züge einander möglichst wenig behindern und der Personen- und Güterverkehr thunlichst getrennt gehalten wird. Ferner ist eine dem Bedürfnis entsprechende Vermehrung der Aufstellungs- und Vorschubgleise und eine Vergrößerung der Anlagen für den Güterverkehr und der Kohlenlagerplätze vorgesehen. Die Gesamtkosten sind auf 350 000 M. veranschlagt.

Für den Umbau des Bahnhofes in Bunzlau ist ebenfalls eine erste Rate von 100 000 M. ausgeworfen worden. Der genannte Bahnhof genügt den Anforderungen des Verkehrs und Betriebes nicht mehr. Die Erweiterung der Gleisanlagen war bisher dadurch unmöglich gemacht, daß nahe am westlichen Bahnhofsgebäude ein Wegübergang liegt, über dessen Verlegung und Unterführung unter der Bahn hindurch eine Einigung mit den Interessenten lange Zeit nicht zu erreichen war. Nachdem die entgegenseitigen Schwierigkeiten im Wesentlichen gehoben sind, sollen nach Beisetzung des Wegübergangs die Gleise vermehrt und verlängert werden, was zugleich eine Verlegung der beiden vorhandenen Güterschuppen und der Zufahrwege weiter nach Norden zu bedingt. Hierdurch bietet sich zugleich die Möglichkeit, den für den starken Personenverkehr ungünstigen Hauptbahnhofsteig angemessen zu verbreitern. Auch die Anlagen für den Freilade- und Biehverkehr sollen eine dem Bedürfnis entsprechende Vergrößerung erfahren. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 384 000 Mark.

Zum Umbau des Bahnhofes in Ratibor ist gleichfalls eine erste Rate von 100 000 M. eingestellt. Dieser Bahnhof hat seit seiner ersten Anlage nur wenige Änderungen erfahren und ist für den erheblich gestiegenen örtlichen und durchgehenden Verkehr nicht mehr ausreichend. Zur Durchführung des Betriebes, namentlich zum Ausstellen und Ordnen der Güterzüge bedarf es einer Vermehrung der Gleise. Auch die aus älterer Zeit vorhandenen, zum Theil provisorisch erbauten Locomotivschuppen sind unzureichend geworden. Zudem muß die Stelle, an welcher sich diese Schuppen zur Zeit befinden, für eine Vergrößerung der Werkstätten in Anspruch genommen werden, so daß nur die Errichtung einer neuen Locomotivstation an einem anderen geeigneten, die nötige Erweiterungsfähigkeit bietenden Platze erübrigst. Sodann sind die Dienst- und Warteräume des Empfangsgebäudes, namentlich im Sommer, für die große Zahl der Reisenden zu klein. Endlich bestehen mehrere frequente Wegübergänge über die Bahnhofsgleise in Schienenhöhe, deren Beseitigung durch Erbauung von Unter- bzw. Ueberführungen im Interesse der Sicherheit geboten ist. Zur Abhilfe dieser Mängel ist ein Umbau des Bahnhofes erforderlich, dessen Gesamtkosten auf 1150 000 Mark berechnet sind.

Endlich werden von den auf 146 000 M. veranschlagten Ge-

samtkosten zur Herstellung einer anderweitigen Wasserversorgungsanlage für den Hauptbahnhof zu Posen 100 000 Mark als erste Rate verlangt. Auf dem genannten Bahnhofe wird zur Zeit etwa die Hälfte des für Eisenbahnzwecke erforderlichen Wassers aus den auf dem Bahnhofe vorhandenen Brunnen-Anlagen entnommen, während der Rest aus der städtischen Wasserleitung Deckung findet. Das auf dem Bahnhofe gefundene Wasser ist nach chemischen Untersuchungen zur Kesselpeisung nicht geeignet; die Entnahme des Gesamtbedarfs an Wasser aus dem städtischen Wasserwerk würde aber mit Rücksicht auf den hohen Preis (12 Pf. pro Kubikmeter) sehr kostspielig sein. Es ist deshalb in Aussicht genommen, ein eigenes Wasserwerk in der Nähe der Warthe bei Louisenhain zu erbauen, wodurch es ermöglicht werden würde, das erforderliche Wasser für etwa die Hälfte des Preises zu beschaffen.

Nach den allgemeinen Erläuterungen zum Eisenbahnnetz für 1891 bis 1892 sind in dem noch laufenden Betriebsjahr 1890/91 eröffnet worden bzw. werden noch eröffnet werden die Strecken Reichenbach-Langenbielau mit 6,50 km, Striegau-Bolkenhain mit 19,60 km, Reppen-Zielenzig mit 30,28 km, Waltersdorf-Reisch mit 38,70 km, Freistadt-Sagan mit 30,17 km, Glatz-Rückers mit 19 km, Radzionkau-Karf (Umleitungsstrecke) mit 7,59 km. Im Etatjahr 1891 bis 1892 werden voraussichtlich dem Betriebe übergeben werden folgende Strecken: Zielenzig-Meseritz 35,84 km, Weißwasser-Kort 30,01 km, Hirschberg-Petersdorf 13,50 km, Freistadt-Waltersdorf 23,10 km, Strehlen-Glambach-Grottkau 33,30 km, Glambach-Wansen 5,70 km und Lublinz-Herby 16,80 km.

Der preußische Staatshaushalt-Etat pro 1891/92 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 720 834 749 Mark, die dauernden Ausgaben sind auf 1 670 452 177 Mark, die einmaligen auf 50 382 572 Mark veranschlagt. Im Einzelnen erwähnen wir für heute:

Eisenbahnverwaltung.

Der Etat der Eisenbahnverwaltung schließt mit einem Überschuss von 352 768 862 M. dies ist ein Mehr von 39 695 960 M. gegen den laufenden Etat. Die Einnahmen sind auf 931 651 445 M. das ist um 78 092 350 M. höher als im laufenden Etat veranschlagt. Dieses Mehr ergibt sich bei den Staatsbahnen folgendermaßen: Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 232 Millionen (+ 24 800 000 M.); Güterverkehr 650 Millionen (+ 50 400 000 M.); Bergütung für Überlassung von Bahnanlagen 5 879 600 (+ 486 250 M.); Bergütung für Überlassung von Betriebsmitteln 8 425 000 (+ 491 700). Erträge aus Veräußerungen 14 638 600 (+ 1 929 550), verschiedene sonstige Einnahmen 18 907 800 (+ 1 273 550); Anteil aus dem Reinertrag der Main-Neckar-Bahn 476 837 (+ 80 324), Anteil aus der Wilhelmsbahnen-Olbewitzer Eisenbahn 378 288 (+ 16 104), sonstigen Einnahmen 345 340 M. Die dauernden Ausgaben sind auf 557 796 538 M. das ist um 35 717 399 Mark höher als im laufenden Etat veranschlagt. Das Plus für die persönlichen Ausgaben, Gehälter, Wohnungsgeldzuflüsse, Remunerationen beträgt 11 259 235 M. Bei den sächsischen Ausgaben sind zunächst die allgemeinen Kosten um 1 478 600 M. die Steuern, Communalabgaben und öffentlichen Lasten um 1 550 000 M. höher veranschlagt, was mit verschiedenen anderen ein Plus von 2 043 268 M. ergibt. Für Unterhaltung der Bahnanlagen sind 6 329 000 M. mehr, für Kosten des Bahntransports 13 238 000 M. mehr, für Erneuerung des Oberbaus 9 759 000 M., für Erneuerung der Betriebsmittel 3 969 000 M., für Ergänzungen und Erweiterungen der Werkstätten 2 734 000 M., Benutzung fremder Betriebsmittel 1 258 500 M., insgesamt bei den sächsischen Ausgaben ein Mehr von 65 743 900 M. eingetellt.

Für Befrei- und Tilgungsbeiträge sind 35 690 699 M. mehr erforderlich. Die Einnahmen betragen 931 051 445 M., die dauernden Ausgaben 557 796 538 M. Es ergibt sich also im Ordinarien ein Überschuss von 373 254 862 M., worauf zur Bergütung der Eisenbahnkapitalschuld 207 584 016,99 M. in Rechnung zu stellen sind, bleiben 165 670 845,1 M. Der verbleibende Überschuss von welchem 46 903 223 M. 26 Pf. anfallsmäßig dem Betrage von $\frac{1}{4}$ p.C. der für den 1. April 1890 festgesetzten Staatsbahnen-Capitalschuld und der Zuwendung derselben bis Ende März 1892 entsprechend, ist zur Tilgung der Eisenbahnkapitalschuld zu verwenden und von derselben abzuschreiben. Ergibt sich rechnungsmäßig ein höherer

lich mit einem energischen Rück dreht er sich auf dem Absatz und kehrt der lächelnden Gesellschaft den Rücken.

„Alle Weiter, welch' ein Mädchen!“ Das ist sein Dauergedanke auf dem Wege zum Hotel; damit legt er sich zu Bett, und noch im Traum meint er sie zu sehen, wie sie leichtfüßig durch die hohen Gewölbe des Kellers hüpfst, ihm halb zugewandt; er flüstert ihr Dinge ins Ohr, viel leidenschaftlicher und glühender, als er es in Wirklichkeit gewagt hatte, und fast scheint ihm, als ob sie erbebend und erröthend seinen Worten lausche. Aber nun wendet sie ihm voll ihr Gesicht zu und lächelt ihn schelmisch an. Da ist es auf einmal die Nixe der Fazade, die ihre Zunge hervorstreckt, und als er sie fassen will, um sie für den leckeren Uebermuth zu strafen, da entwindet sie sich ihm, der Keller wird dunkel, er fällt und stößt seinen Kopf an eine Säule, daß der Schädel brummt.

Und der Schädel brummt auch noch, als unser Freund morgens das Hotel verläßt und zum Bahnhof fährt, um die letzte Strecke, die ihn noch vom Dampfer trennt, zurückzulegen. Die Gegend erscheint ihm unsäglich öde, die Mitfahrenden entsetzlich hölzern, das Rollen der Wagen unerträglich. Jeder Ruck und Stoß geht ihm wie ein Stich durchs Gehirn.

„Das also ist der Abschied vom Vaterlande“, brummte er vor sich hin. Eine nette Geschichte! Ich glaube, ich werde sentimental.“

Endlich ist Bremerhaven erreicht. In schlechtester Laune steigt er aus, um noch einige nothwendige Bevorrichtungen zu machen und einiges für eine größere Segreise Unnenbehörliche einzukaufen. Vor allem vergibt er nicht, sich in der Apotheke ein paar Dutzend Antipirinkapseln zu kaufen, dieses neueste „untrügliche“ Mittel gegen die Seekrankheit. Es wäre doch schaustlich, wenn seine trüben Ahnungen sich erfüllten und die im Uebermuth unternommene Reise mit einem Kahnjammer anginge. Dazu weht doch der Wind, wie ihm scheint, bedenklich stark, und ein Sturm scheint ihm für die nächsten vierundzwanzig Stunden nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen.

So schlängelt er sich weiter durch die belebte Hauptstraße dem Hafen entgegen, ärger sich über die „Rohheit“ einiger lustiger Matrosen, reicht mit Abscheu den Theergeruch, der ihm von allen Seiten entgegengtritt und hat nicht übel Lust, auf die Fahrt überhaupt zu verzichten.

„Wozu“, so fragt er sich, „fahre ich denn eigentlich? Ich verlasse ein nettes Land, das noch dazu den Vorzug hat, mich geboren zu

haben, die angenehmsten Verhältnisse, in denen es mir wohl war, eine liebende Mutter, die sich um mich sorgt, gute Freunde, getreue Nachbarn und dergleichen. Und wofür gebe ich es hin? Für eine Laune, die doch nur geringe Berechtigung hat, um einmal frei zu sein, d. h. auf gut deutsch, um mich von fremden Gesichtern anstrengen zu lassen, in dem gelobten Lande der Rücksichtlosigkeit Grobheiten einzuhämmern, mir den Schnupfen und die Seekrankheit zu holen und von foketten Nixen mich an der Nase führen zu lassen. Wirklich, ich bin im Begriff, eine exemplarische Dummheit zu begehen.“

Aber ein wütiger Philosoph bemerkt nicht mit Unrecht, daß jedem modernen Menschen, und besonders jedem braven Deutschen eine Art kategorischen Imperativ angeboren wird, der ihm befiehlt, ein einmal begonnenes Werk zu Ende zu führen, auch wenn es sich um eine Dummheit handelt. Man wird deshalb nicht verwundert sein, zu erfahren, daß unser Freund trotz dieses Monologs seinen Weg unverdrossen fortsetzt, und sich mit sammt dem Gepäck von dem kleinen Hilfsdampfer auf den großen Ocean-dampfer überfahren läßt, der draußen auf der Rhede in stolzer Gravität sich schaukelt. Bald ist die ihm überwiesene Kabine gemustert, ein wenig Toilette gemacht, und er begiebt sich auf das Oberdeck, um noch einmal einen Blick auf das Land zu thun, von dem er in einer halben Stunde scheiden soll. Zu seinen Füßen wimmelt es von Auswanderern, Matrosen und Gepäckstückern, die sich beständig in emsiger Bewegung befinden und unaufhörlich unter einander collidiren. In den Mienen der Passagiere spiegeln sich die mannigfachsten Gefühle, Webmuth und lecker Wagemuth, Schmerz und Freude, Verzagtheit und Abenteuerlust, und über das Gesicht hin treiben die Schritte der Maschinen ihre schwarzen Rauchwolken, die von der frischen Brise weiter getragen werden. Ihm kommt es recht wunderlich vor, daß so viele Menschen leichtherzig auf die Heimat Verzicht leisten und in eine unbekannte Zukunft, in fremdartige Verhältnisse mit froher Sorglosigkeit hineingehen. Er selbst empfindet nur zu wenig von dieser naiven Zuversicht. Ihm erscheint auf einmal die Heimat als ein ganz besonders wertvolles Gut. Der Hafen drüben mit den zahllosen Masten, Wimpeln und Flaggen, mit den stolzen Briggs und den schwarzen Dampfjungengehauern erscheint ihm als eine Verkörperung rastloser Jagd nach Gewinn, als ein verwerfliches Streben nach verbotenen Dingen. Es sind doch rechte Narren, diese Menschen!

(Fortsetzung folgt.)

[2] Nachdruck verboten.

Irrfahrt.

Novelle von Paul Michaelis.

Und er flüstert ganz leise, daß sie es kaum versteht, und es legt sich doch heiz auf ihre Wangen: „Ich habe noch so viel zu sagen. Ich ging gern, und meinte, daß nichts mich hielt. Und nun fällt es mir unheimisch aufs Herz.“

„Was ist denn geschehen?“ fragte sie ganz leise wieder.

„Ich habe Sie gesehen; nun weiß ich erst, was Heimweh ist.“

„Und wenn wir nun auch hinüberfahren?“ fragt sie lustig.

„Da führe die Heimath mit. Aber Sie scherzen.“

„Warten wir ab. Schlüß!“

„Auf Wiedersehen!“

Hochroth dreht er sich um. Fräulein Tochter hüpfst eben zum „Papa“ und streift ihn nur ein ganz klein wenig mit schelmischem Lächeln.

Der junge Herr aber sitzt in seiner Nische, trinkt ein Glas nach dem andern, merkwürdig erregt, blickt hinüber zu dem braven Alten und seiner hübschen Tochter und schaut dann wieder schnell weg, wenn ihn ein fremder Blick trifft, als sei er auf einer Unihat erklapt. Die Kleine selbst würdigt ihn keines Blickes mehr. Bald verschwindet sie mit dem Papa. Ihm ist, als würde es finster um ihn. Der Kellner muß eine neue Flasche bringen, da die alte nicht im Stande ist, die aufsteigenden Sorgen und die mißmutigen Gedanken zu bannen, und der neuen glückt diese Wirkung nur allzu gut. So erhebt sich denn der junge Held endlich, herzlich Lufi fühlt er sich freier. Das Rathaus liegt halb im Schatten, halb ist es vom gelblichen Mondstrahl beleuchtet. Der Giebel strebt mächtig nach oben, und die Figuren der Fazade scheinen gespenstisch aufzuleben. Die ehrwürdigen Bischöfe bleiben in ehrfürchtgebietender Würde stehen und nicken nur ein klein wenig mit den Köpfen. Aber das tolle Geviert der Fazade, die Flugsgötter und Nixen, sind wie aus Sand und Band, schätern und tösen, grinsen ihn höhnisch an, ja, ihm ist, als zeigte ihm ein schelmisches Nixchen ihre rosige Zunge. Ist es Wirklichkeit oder treiben die Geister des Weins mit ihm ihr Spiel?

Ueberschuss, so ist der über $\frac{1}{4}$ p.Ct. der Eisenbahncapitalschuld hinausgehende Theil des Ueberschusses insoweit ebenfalls zur Tilgung und Abschreibung zu verwenden, als er mit dem den $\frac{1}{4}$ p.Ct. der Eisenbahncapitalschuld entsprechenden Theil des Ueberschusses den anschlagsmäßigen Betrag von 165 670 845 M. 1 Pf. nicht übersteigt. Der hierüber hinausgehende Betrag kann bis zur Höhe von 20 000 000 M. zur Bildung eines außerordentlichen Dispositionsfonds befreit Vermebung der Betriebsmittel im Falle eines durch Verleihstilgerung hervorgerufenen, nicht vorhergesehenen Bedürfnisses der Staatsbahnen verwendet werden. Der zu diesem Zwecke verwendete Betrag ist ebenfalls von der Eisenbahncapitalschuld abzuschreiben. Die Beurteilung über einen dann noch verfügbaren Betrag bleibt dem Staatshaushaltsetat für 1893/94 vorbehalten.

Von den gedachten 165 670 845 M. 1 Pf. sind bestimmt: 1) nach § 4 Nr. 1 des Eisenbahn-Garantiegesetzes vom 27. März 1882 zur planmäßigen Amortisation der vom Staate für Eisenbahnzwecke vor dem Jahre 1879 aufgenommenen oder vor und nach diesem Zeitpunkte selbstschuldnerisch übernommenen Schulden 5 584 161 M. 66 Pf. 2) nach § 4 Nr. 2 desselben Gesetzes: a. zur außerordentlichen Tilgung von Staatschulden bezw. zur Berechnung auf bewilligte Anleihen 17 851 751 M. 79 Pf. b. zur Deckung anderweitiger etatsmäßiger Ausgaben des Neubungsjahrs 1891/92 142 234 931 M. 56 Pf., das sind 165 670 845 M. 1 Pf. Außerdem ist derjenige Theil des Ueberschusses der Eisenbahnverwaltung aus dem Neubungsjahr 1889/90, welcher über den etatsmäßigen Reit-Ueberschuss dieser Verwaltung für das genannte Jahr von 112 993 230 M. 67 Pf. hinausgeht, mit 43 027 750 M. 41 Pf. ebenfalls und zwar vom 1. April 1890 ab von der Eisenbahncapitalschuld abzuschreiben.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnnetts sind auf 20 486 000 M. (+ 2 679 000) veranschlagt. Der vorgenannte Betrag ist hauptsächlich für Neubauten und Erweiterungsbauteile von Bahnhöfen, Herstellung von Weichen, Bremse u. c. bestimmt. Als erste Rate für Herstellung von Anlagen für den Güterverkehr auf dem Anhaltischen Bahnhofe in Berlin ist der Betrag von 100 000 M. eingestellt.

Staatschuldenverwaltung.

Der Etat der Staatschuldenverwaltung schließt mit einer Ausgabe von 263 487 324 M. (+ 25 650 078 M.). Die Gesamtsumme stellt sich folgendermaßen: 3½ prozentige Staatschuldscheine 54 022 500 M., 4 prozentige consolidierte Anleihe 3 593 667 850 Mark, 3½ prozentige consolidierte Anleihe 1 891 575 900 M.; dieselbe ist um 389 245 600 Mark vermehrt. 3 prozentige consolidierte Anleihe 65 Millionen, 4 prozentige Anleihe 1868 13 839 900 M., 3½ prozentige Prämienanleihe 1855 8 400 000 Mark, 3½ prozentige Kur- und neuartige Kriegsschulde 644 274 M., Aktien und Obligationen der Staatsseisenbahnen 179 234 009 M.; hierzu kommen die Schulden der neuen Landesheile im Gesamtbetrag von 29 398 170 M., sodass sich die Gesamtsumme der Schulden Preußens für den 1. April 1891/92 auf 5 834 782 604 M. belaufen würde, für welche zur Vergütung 224 632 538 M. für Tilgung 18 464 320 M. erforderlich sein würden.

Ministerium für Handel und Gewerbe.

Der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe (mit Ausschluss der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung) weist eine Einnahme von 1 414 616 Mark (+ 347 208), dauernde Ausgaben von 5 279 567 Mark (+ 856 774), einmalige und außerordentliche Ausgaben von 223 600 M. (- 176 340) auf. Die Erhöhung der Einnahmen stammt größtenteils aus der Überweisung der Dampfschiffrevisionen an die Gewerbeinspectoren zunächst in den Regierungsbezirken Arnswberg und Düsseldorf, sowie aus der Zunahme des Absatzes der Erzeugnisse der Königlichen Porzellanmanufaktur ber. Was die dauernden Ausgaben betrifft, so ist einer der hauptsächlich in Betracht kommende abgebildete Posten der für die Gewerberäthe. Es sind hierfür 97 500 M. mehr angelegt. Mit dieser Aenderung wird eine Neuorganisation des Fabrikinspectors eingeleitet, welche in einer besonderen, dem Etat beigelegten Denkschrift näher erörtert wird. Es handelt sich darum nicht bloss um eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten, sondern um eine neue Regelung des Dienstzweiges. Es sollen künftig zwei Kategorien von Aufsichtsbeamten geschaffen werden, Gewerberäthe und Gewerbeinspectoren. Den ersten soll die gleiche amtliche Stellung gegeben werden, wie den übrigen bei den Bezirksgouvernements angestellten technischen Räthen. Unter ihnen würden für bestimmte Bezirke die Gewerbeinspectoren den Aufsichtsdienst wahrzunehmen haben. Deren amtliche Stellung und Dienstbezüge würden gleich denjenigen der Kreisbau-Inspectoren zu regeln sein. Dem Bedürfnisse, solche Gewerbeinspectoren in ausreichender Zahl und für nicht zu große Bezirke anzustellen, wird ohne übermäßige finanzielle Opfer entsprochen werden können, wenn die Revision der Dampfschiffe, soweit sie bisher von den Beamten der Bauverwaltung wahrgenommen ist, mit der Gewerbe-Inspection verbunden wird. Im Königreich Sachsen besteht diese Einrichtung schon 12 Jahre und hat sich bewährt. Mit dieser Vereinigung soll teilweise auch den, wie in der Denkschrift zugestanden wird, berechtigten Klagen der Gewerbetreibenden über die Mannigfaltigkeit der Fabrikauflauf entgegengeworben werden. „Es führt zu einer Belästigung der Industrie“, so heißt es in der Denkschrift, „wenn bald der Kesselrevisor, bald der Fabriken-Inspector, bald der Beauftragte der Berufsgenossenschaft erscheint, um die ihm obliegende Aufsicht wahrzunehmen.“ Kommen nach Ausführung des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung noch die Beauftragten und Bertrauensmänner der Versicherungsanstalten hinzu, so wird diese Klage noch mehr berechtigt sein. Die Vereinigung der Kesselrevision mit der Gewerbe-Inspection wird nicht nur an sich die Aufsicht vereinfachen, sie wird voraussichtlich demnächst auch die Möglichkeit bieten, den Berufsgenossenschaften zu gestatten, die Gewerbe-Inspectoren als ihre Beauftragten zu bestellen und damit das gewünschte Ziel zu erreichen, daß für diejenigen Unternehmer, welche einem Kessel-Revisionsvereine nicht beigetreten sind, die gesamte Aufsicht in eine Hand gelegt werden würde.“

In der Regel soll bei jeder Regierung ein Regierungs-Gewerberäthe angestellt werden, jeder Regierungsbezirk in Inspectionsbezirke eingeteilt und für jeden der letzteren ein Gewerbeinspector angestellt werden. Dem verschiedenen Maße, in welchem Gewerbe und Industrie in den ein-

zelnen Regierungsbezirken entwickelt sind, wird dadurch Rechnung zu tragen sein, daß für Regierungsbezirke mit besonders hoch entwickelter Industrie den Regierungs-Gewerberäthen Hilfsarbeiter aus der Zahl der Gewerbeinspectoren zugeordnet werden, und andererseits für mehrere Regierungsbezirke mit schwach entwickelter Industrie ein Gewerberäthe angestellt wird, der bei der Regierung, an deren Sitz er seinem Wohnort hat, die gesamten Geschäfte wahrzunehmen hat, dagegen bei den übrigen Regierungen in den laufenden minder wichtigen Geschäften durch einen Hilfsarbeiter aus der Zahl der Gewerbeinspectoren vertreten wird, dem zugleich auch ein Inspectionsbezirk überwiegen werden würde.

Bei der Abgrenzung der Inspectionsbezirke wird gleichfalls die Verschiedenheit der gewerblichen Entwicklung berücksichtigt werden müssen. In den dünnbesiedelten Gegenden mit geringer Gewerbstätigkeit werden große Bezirke nicht zu vermeiden sein. Um sie aber nicht allzu groß werden zu lassen und weite Reisen der Beamten thunlich zu verhindern, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, die Bezirke nicht größer zu bilden, als erforderlich ist, um einen Gewerbe-Inspector voll zu beschäftigen. Zu Landesheilen mit dichtbesiedelten gewerblichen Anlagen werden dagegen Bezirke zu bilden sein, in denen zur Erledigung der Geschäfte mehrere Beamte erforderlich sind und demnach dem Gewerbe-Inspector ein oder mehrere Assistenten beigegeben sein werden. Die Vertheilung der Gewerberäthe ist so in Aussicht genommen, daß auf die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Westfalen, Schleswig-Holstein und auf Berlin je einer, auf Brandenburg, Hessen-Nassau und Hannover je 2, auf Schlesien, Sachsen und Westfalen je 3, auf die Rheinprovinz 5 entfallen. Je ein Hilfsarbeiter würde den Gewerberäthen beigegeben werden, für die Bezirksregierungen Gumbinnen, Marienwerder, Berlin, Potsdam, Frankfurt a. O., Cöslin, Stralsund, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg, Osnabrück und Aurich, Lüneburg, Stade, Arnswberg und Düsseldorf. Insgesamt würden danach 26 Regierungs-Gewerberäthe und 17 Hilfsarbeiter nötig werden. Die Zahl der ausschließlich für den Local-Inspectionsdienst erforderlichen Beamten wird auf 120 veranschlagt. Im Ganzen würden erforderlich werden: 26 Regierungs-Gewerberäthe, 97 Gewerbeinspectoren, von denen 17 als Hilfsarbeiter der Regierungs-Gewerberäthe zu fungieren haben würden und 40 Gewerbe-Inspectors-Assistenten, die nicht fest angestellt werden würden. Der gesamte durch die neue Organisation erforderliche Mehraufwand würde sich auf jährlich 574 720 M. belaufen. In einem Jahre soll die Organisation durchgeführt werden. – Entsprechend der Neuforderung von 97 500 M. für die Fabrikrevision im Etat für 1891/92 ist der Posten zur Remunerierung der nicht fest angestellten Beamten der Gewerbeinspectoren um 75 000 M. erhöht worden. – 223 000 M. sind neu zur Remunerierung für Vorstöße zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung bei den Versicherungsanstalten errichteter Schiedsgerichte eingestellt. – Der Fonds für Aufsätze zur Unterhaltung gewerblicher Zeichen- und Bauwerke, Maler- und anderen Fachschulen ist um 111 600 M. erhöht. – Die übrigen Erhöhungen fallen hauptsächlich auf Erhöhung der Fonds für Bureaubedürfnisse.

Strafverwaltung.

Der Etat der Justizverwaltung weist eine Einnahme von 53 117 300 Mark (+ 1 961 300 M.), dauernde Ausgaben von 89 451 800 M. (+ 2 432 400), einmalige und außerordentliche Ausgaben von 3 003 900 Mark (+ 452 700) auf. Unter den Einnahmen ist der Posten der Kosten und Geldstrafen um 1 760 000 M., der des Arbeits verdienstes der Gefangenen um 121 200 M. erhöht worden. Die dauernden Ausgaben sind hauptsächlich durch die Schaffung neuer Beamtenstellen vermehrt worden. Unter den neuen Stellen erwähnen wir die eines Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgericht in Breslau, zweier Landgerichtsdirektoren in Berlin I und Breslau, 6 Landräthe (3 in Berlin I, je 1 in Beuthen-Oberschles., Halle a. S. und Magdeburg), 27 Amtsrichter (4 in Berlin I, 1 in Berlin II, Halle a. S. und Magdeburg und 20 im Bezirk Köln von letzteren sind bestimmt je 2 für Köln und Düsseldorf, je 1 für Barmen, Bonn, Coblenz, Grefeld, Düren, Elberfeld, Gerresheim, M.-Gladbach, Kreuznach, Würs., Wilmsh., A. Rh., Neuw., Saarbrücken, Saarlouis, Solingen und Trier) – 13 Staatsanwälte, 40 Gerichtsschreiber und Sekretäre, 18 etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfen und 12 ständige diätarische Gehilfen. Außerdem kommen hierbei die Gehalts erhöhungen für Gefängnisdirectoren, für Kanzleisekretäre, Kanzlisten, Gerichtsdienner, Kastellane, in Betracht. An Gerichtsvollziehern sind neu erforderlich: Beim Amtsgericht in Köln 3, Elberfeld 2, Barmen 2, Remscheid 1. – Was die außerordentlichen Ausgaben betrifft, so sind darunter neu eingestellt: erste Rate zu Neubauten eines amtsgerichtlichen Geschäfts- und Gefängnisgebäudes in Wobbenberg, desgleichen in Forst (R.-L.) in Tieftrichtig, in Bibrze, in Kontopp, in Wernigerode, in Gossmann, Marburg, Remscheid und Kochen, zur Erweiterung und Umbau des Gerichtsgebäudes zu Beuthen (O.S.), zum Neubau eines Centralgefängnisses in Bockum und zum Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäftsgebäudes in Biedenkopf.

Cultusministerium.

Der Etat des Cultusministeriums weist eine Einnahme von 2 835 030 Mark (+ 183 247) auf. Die dauernden Ausgaben betragen: 96 984 604 Mark (+ 1 508 532). Von den Mehrausgaben entfallen 615 894 M. auf das Elementar- und Unterrichtswesen. Darunter befinden sich 300 000 M., welche zu Waisengeltern für die Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen verwandt werden sollen. Die Universitäten haben einen Mehraufwand von 226 972 M. veranlaßt. Es sollen errichtet werden: eine ordentliche Erfasprofessur in der theologischen Facultät und eine außerordentliche Professur für Ökonomie, Nasen- und Halskrankheiten in Königsberg, eine ordentliche Erfasprofessur in der philosophischen Facultät und eine ordentliche Professur für neuere Geschichte in Berlin, ordentliche Erfas-Professuren in der evangelisch-theologischen und medicinischen Facultät in Breslau, eine außerordentliche Professur für Hygiene in Kiel, ein Erfasordinariat in der evangelisch-theologischen Facultät in Bonn, eine außerordentliche Professur für mittlere und neuere Geschichte in Münster. – Für das Medicinalwesen sind 177 308 M. mehr angelegt. Davon sind 165 000 M. als Aufzukauf für das mit dem Charité-krankenhaus in Berlin verbundene Institut für Infektionskrankheiten

bestimmt. – Die höheren Lehranstalten verursachen einen Mehraufwand von 145 095 M. Die Hauptsumme entfällt davon auf Besoldungs erhöhungen für die an höheren Anstalten beschäftigten Elementarlehrer und Schuldiener, die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen 5 813 898 M. (– 335 954). 230 000 M. sind zum Aufbau eines Grundstückes als Bauplatz für einen Neubau der Königlichen und Universität-Bibliothek zu Berlin ausgeworfen. 375 794 M. sind zum Aufbau eines Hauses zur Unterbringung des orientalischen Seminars bestimmt. Als Reichsaufzukauf zu diesen Kosten sind in den Einnahmen 187 897 M. nachgewiesen. Sodann sind für die verschiedenen Universitäten, für Kunst- und technische Zwecke sowie für Medicinalzwecke verschiedene Summen neu ausgeworfen. Unter den letzteren wäre ein Posten von 20 000 M. zur Einrichtung von Fortbildungskursen in der öffentlichen Gesundheitspflege für Kreisphysiker und Regierungs-Medicinalräthe zu erwähnen. Es wird beabsichtigt, für die gegenwärtig angestellten Physiker und Regierungs-Medicinalräthe, sowie diejenigen demnächst zur Anstellung gelangenden Medicinalbeamten dieser Art, welche die Physiksprüfung vor dem 1. April 1888 bestanden haben, Fortbildungskurse in der öffentlichen Gesundheitspflege einzurichten und dieselben auf denjenigen Universitäten abzuhalten zu lassen, bei denen die hierzu erforderlichen Einrichtungen vorhanden sind. Diese Kurse sollen indes keine dauernde Einrichtung werden, sondern es sollen sämtliche Medicinalbeamte nur einmal einen solchen Kursus, dessen Dauer auf 21 Tage angenommen ist, durchmachen. Die Auswendung, welche durch Gewährung von Reisetickets und Tagessalden an die einzuberuhenden Beamten entstehen, werden sich im Ganzen auf etwa 150 000 M. belaufen und sollen als einmalige Ausgabe unter Bezeichnung auf mehrere Gesellschafte durch den Staatshaushalt-Etat flüssig gemacht werden. Als erste Rate sind demzufolge in den vorliegenden Etat 20 000 M. eingestellt worden.

Deutschland.

* Berlin, 12. Jan. [Tages-Chronik.] Die Nachricht des New Yorker Blattes „Sun“, Kaiser Wilhelm plane eine Abrüstung der europäischen Heere und habe den Kaiser von Österreich für diese Idee gewonnen, stammt ursprünglich aus französischen Blättern.

Der „Egl. R.“ wird gemeldet, daß Herr Kögel zu Weihnachten durch eigenhändige Schreiben und Geschenke des Kaisers, der Kaiserin und der Großherzogin von Baden ausgezeichnet worden ist, wie denn auch der Kaiser persönlich die kürzlich erfolgte Ernennung des Sohnes des Oberhofpredigers zum Landrat dem Vater anzeigen. Die Berufung von Krüger sowie von Wendland sei auf Vorschlag des Herrn Kögel geschehen. Bei der Wahl des erstgenannten Herrn war außer dem Kaiser selbst nur Herr Kögel beteiligt; die vom Ober-Kirchenrat zur Probepredigt des Herrn Krüger ent sandten Herren sind um ihre Meinung vom Kaiser überhaupt nicht befragt worden.

Der von uns mehrfach erwähnte Herr Max Beyer fährt fort, über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck zu berichten. Danach soll der Fürst u. a. gesagt haben: „Was Kant vom kategorischen Imperativ sagt, ist sehr schön; aber ich lebe am liebsten ohne das Gefühl des Imperativs; ich habe überhaupt nie nach Grundsätzen gelebt; wenn ich zu handeln halte, habe ich mich niemals gefragt, nach welchen Grundsätzen handelt Du nun, sondern ich habe ungegriffen und gehandelt, was ich für gut hielt. Man hat mir ja oft vorgehalten, daß ich keine Grundsätze habe.“ Weiterhin bemerkte Fürst Bismarck: „In meiner Jugend pflegte ich mit einer philosophisch angehauchten Cousine, die mich gerne betanten wollte, oftmals Gespräche darüber, ob ich Grundsätze annehmen müsse oder nicht. Schließlich sagte ich ihr, und damit waren alle unsere Streitigkeiten zu Ende: „Wenn ich mit Grundsätzen durchs Leben gehen soll, so komme ich mir vor, als wenn ich durch einen engen Waldweg gehen sollte und müßte eine lange Stange im Munde halten!“

Es wurde bereits gemeldet, daß Fürst Bismarck an dem vom General v. Lessing in Altona gegebenen Diner Theil nahm. Die „Köln. Ztg.“ bemerkte hierzu: „Die Gesellschaft bei dem General ist eine offizielle, die Einladungen zu vergleichenden Repräsentationsfesten sind nicht in das Bettelieben des Gastgebers gestellt, sondern richten sich nach einer bestimmt festgelegten Liste. Man sagt, daß Fürst Bismarck noch kurz vor seiner Ankunft von etablierten Personen nicht unter die Einladenden gerechnet worden war. Den Umstand, daß der Fürst eingeladen worden und erschienen ist, deutet man deshalb als den freudlichen Auftang des Endes jener Verstimmungen, welche leider nicht wegzuengen waren.“ Diese letzte Schlussfolgerung der „Köln. Ztg.“ erscheint gewagt. Eben weil die Einladungen zu solchen Festen nach bestimmt geregelten Listen erfolgt, konnte Fürst Bismarck bei seinem hohen militärischen Range von dem commandirenden General nicht übergangen werden.

Ein Schreiben des Prinzenregenten von Bayern an den Minister des Neuen besagt nach der „Köln. Ztg.“, der Regent habe von der Bildung von Testauschüssen mit Freuden Kenntnis genommen, drückt jedoch den Wunsch aus, die Feier des 70. Geburtstages möge eine auf Bayern beschränkte Landesfeier bleiben; von Besuchen fremder Fürstentümer oder Specialvertreter, von Gratulationen fremder Regierungen und Körperschaften möge Abstand ge-

Kleine Chronik.

Über die Verhandlung des Proesses Schabelski vor der Berliner Strafsammer entnehmen wir der „L. R.“ das Folgende: Das Schöffen gericht hatte seiner Zeit bekanntlich nur den Schriftsteller Dr. Otto Brahm wegen einer in der Zeitschrift „Freie Bühne“ begangenen Beleidigung der Klägerin zu einer Geldbuße verurtheilt, den Director Barnay und Dr. Paul Lindau dagegen freigesprochen. Der Vertheidiger des verurtheilten Dr. Brahm, Rechtsanwalt Jonas, batte die gegen das erste Urtheil eingeführte Berufung zurückgezogen; dagegen hatte Rechtsanwalt Munkel jun. als Vertreter des Fräuleins von Schabelski Berufung gegen das freisprechende Erkenntniß eingelegt. Es waren sowohl Fräulein von Schabelski wie Director Barnay und Dr. Paul Lindau persönlich erschienen; ferner waren erschienen die Rechtsanwälte Munkel jun., Michaelis und Dr. Fr. Friedmann. Vor Eintritt in die Verhandlungen giebt der Vorsitzende, Landgerichtsrath Funke, den Parteien anheim, die Sache im Wege des Vergleiches zu erledigen. Die Klägerin war bereit, die Klage zurückzunehmen, wenn Director Barnay das Wort „Lüge“ zurücknehme und erläutre, daß er sie nicht habe beleidigen wollen. Sie sei besonders dadurch beleidigt worden, daß sie in dem von Dr. Lindau veröffentlichten Brief des Directors Barnay auch demjenigen Publikum gegenüber als Lügnerin hingestellt worden sei, welches von ihrem Streit mit Paul Lindau bis dahin gar nicht unterrichtet war. Herr Paul Lindau erklärt sich aber außer Stande, auf einen Vergleich einzugehen, desgleichen auch Director Barnay. Bei der Verhandlung wird der Rahmen der Thatsachen, wie ihn das erste Erkenntniß feststellt, allgemein als richtig anerkannt; über die Vorgänge, welche sich abspielen, als die Klägerin dem Director Barnay ihr Theaterstück einreichte, gingen die Ansichten der Parteien wieder weit auseinander. Präf.: Herr Dir. Barnay, in Ihrem Brief an Dr. Paul Lindau gebrauchen Sie von der Klägerin auch die Wendung: „Das harmlose, unschuldige Geschöpf.“ Was wollten Sie damit sagen? – Dir. Barnay: Ich wollte damit sagen, daß ich Fräulein v. Schabelski für das Gegentheil jenes harmlosen, naiven Geschöpfes halte, welches von uns schlechten Menschen vollständig ruinirt werde. – Präf.: Sie sagen ferner in dem Briefe, daß Ihnen von „Stücken“ des Fräulein v. Schabelski nichts bekannt sei. Das hatte doch mit der Unterforschung im Verein „Berliner Presse“ absolut nichts zu thun. – Director Barnay: Ich konnte mich doch in meinem Schreiben unmöglich von dem litterarischen Skandal loslösen, den die Klägerin veranlaßt hatte. Ich habe „Stücke“ von der Dame nicht gekannt, sondern nur eins und das war ein Pamphlet. – Präf.: Sie sprechen ferner von einem „sich angewandten Edelmuth“ der Klägerin gegenüber. – Dir. Barnay: Das der Edelmuth des Schweigens von Dr. Lindau ganz falsch angewendet war, haben ja die Thatsachen ge-

zeigt. – Präf.: Die Klägerin fühlt sich auch dadurch beleidigt, daß Sie in dem Briefe sagen, Sie hätten ihr in dem Stücke „Gräfin Lea“ die Rolle der Julie zugeteilt, weil dieselbe ihrem Empfinden sehr nahe zu liegen scheine. Ist die Julie eine Intrigante oder? Dir. B.: Keineswegs. Die Julie wird jetzt von einer sehr lebenswürdigen und allgemein beliebten Schauspielerin dargestellt. Im Übrigen würde ich sonst ja jeden Schauspieler beleidigen, wenn ich ihm die Rolle des Franz Moor zuerteile. – Dr. Lindau bestreitet auch, daß die Julie eine Intrigante-Rolle sei. Dieselbe sei vielmehr eine kleine „Salonthälte“, welche höchstens boshaft genannt werden könnte. Die Klägerin betonte, daß ihr hier nach durch den Brief Barnays ein schlängelnder Charakter beigelegt werde. Dr. Paul Lindau erklärte, daß er bei Veröffentlichung des ehrgerichtlichen Urtheils und des Barnayschen Briefes auf eine Bekleidung der Klägerin nicht gedacht habe. Schließlich erkannte der Gerichtshof dahin, daß beiden Angestellten der Schutz des § 193 zur Seite stehe, daß die Absicht der Bekleidung aber aus dem Gebrauche des Wortes „Lüge“ hervorgehe. Der Gerichtshof ist der Meinung, daß

Kommen werden. Der Vertreter Bayerns in Berlin, v. Lichtenfeld, wurde angewiesen, diesen Wunsch vertraulich zur Kenntnis des kaiserlichen Hofes und der in Berlin beglaubigten Gesandten zu bringen; entsprechende Weisungen erhielten auch die übrigen bayerischen Gesandten.

[Der Schlitten des Kaisers] schwieb am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee vor Bahnhof Thiergarten in der Gefahr des Zusammenstoßes mit einer Equipage. Der kaiserliche Schlitten, vor dem jene stattlichen Brauen geplant waren, welche sonst zumeist den prächtigen Wagen fahren, hatte kurz nach 1/2 Uhr das Schloß verlassen und war die von zahlreichen Menschen belebten Linden hinab und durch das Brandenburger Thor gefahren. Der Schlitten hatte die Stadtbahn fast erreicht, als ihm plötzlich eine in der Richtung nach Charlottenburg zu umbiegende Equipage direkt in den Weg fuhr. Die Pferde standen bereits Kopf an Kopf, als beide Kutscher noch im letzten Augenblick die Thiere soweit zur Seite rissen, daß der drohende Zusammenstoß vermieden wurde. Der kaiserliche Schlitten setzte unverzüglich die Fahrt fort.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 13. Januar.

• Vom Polizeipräsidium. Regierungsrath Zacher, der an Stelle des Regierungsraths Dr. Bredow getreten ist und auch event. der Polizeipräsidenten vertritt, ist am 3. Januar in sein Amt eingeführt worden. — Polizeirath Kuschel hat nunmehr den Vorsitz in der Baupolizei- und Militär-Abtheilung, und Polizei-Assessor Grunwald den Vorsitz in der Fremden- und Polizeipolizei-Abtheilung, sowie das Decernat für die Invaliditäts- und Altersversicherung übernommen, so daß ein Tausch zwischen den Funktionen der beiden Herren eingetreten ist.

— Verfammlung behufs einer Petition gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Am 6. Januar waren etwa 20 Männer aller politischen Parteien mit Ausnahme des Centrums zusammengetreten, um der Jesuitenfrage gegenüber Stellung zu nehmen. Fast einstimmig wurde beschlossen, wie im Westen und in Süddeutschland so auch unfeierlich gegen die Wiederzulassung der Jesuiten sich auszusprechen. Das Ergebnis dieser Vorberatungen war eine Versammlung im großen Saal von Kunicke's Hotel „König von Ungarn“, zu welcher auf direkte Einladung Männer aller politischen Parteien, auch zahlreiche Katholiken und Altkatoliken, erschienen waren. Schriftsteller F. G. Ab. Weiß eröffnete dieselbe mit einigen einleitenden Worten, in denen er darauf hinwies, daß der Jesuitenorden den inneren Frieden des neugegründeten Deutschen Reiches gefährde; denn seit 1872 seien die Prinzipien desselben keine andern geworden. Darum wolle man sich zu einer Petition gegen die Wiederaufhebung des Gesetzes vom 4. Juli 1872 vereinigen. Der Entwurf einer solchen Petition wurde vorgelesen. Justizrat Jenker, Graf Recke-Wolmerstein, Lic. Hoffmann sprachen sich in gleicher Weise aus und sandten den einstimmigen Beifall der Versammlung. Die Petition, die demnächst an noch bekannt zu gebenden Orten zur allgemeinen Unterzeichnung ausliegen wird, hat folgenden Wortlaut:

„Hoher Reichstag!

Von ultramontaner Seite wird wie in anderen deutschen Landen, so auch in Schlesien, in Versammlungen, in der Presse und in Petitionen die Wiederzulassung des Jesuiten-Ordens im Deutschen Reich auf das Ernstigste gefordert. Die unterzeichneten schlesischen Männer ohne Unterschied der politischen Parteien erheben dem gegenüber laut und entschieden Protest. Denn wie wir in der Rückberufung des Jesuiten-Ordens und der ihm verwandten Ordens-Congregationen im Hinblick insbesondere auf Belgien weder einen Gewinn für unser religiös-städtisches Volksleben, noch ein Mittel zur Heilung des sozialen Notstandes zu erblicken vermögen, so sind wir vielmehr der feinen Überzeugung, daß ein Orden, welcher wegen seiner Gemeinfähigkeit aus fast allen Staaten Europas zu wiederholten Malen ausgewiesen ist, welchem der friedliebende Papst Clemens XIV. auf Grund reichlicher Überlegung jede Christenberechtigung für alle Seiten abgesprochen hat, und dessen verwerfliche Moral seine Mitglieder im Ordensgelübde zur Verleugnung von Vaterland und Familie verpflichtet, die Grundpfeiler unseres Deutschen Reiches zu untergraben und den Frieden seiner Bürger auf politischem wie religiösem Gebiete im höchsten Maße zu stören eignet ist. Aus diesen Gründen richten die unterzeichneten Bewohner der Provinz Schlesien an einen hohen Reichstag die ehrerbietige Bitte:

er wolle über alle auf Aufhebung des Gesetzes vom 4. Juli 1872, betreffend „den Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Congregationen“, gerichteten Petitionen und Anträge zur Tagesordnung übergehen.“

• Breslauer Consumverein. Am 9. d. Mts. fand in Rössler's Brauerei eine Versammlung von Mitgliedern des Breslauer Consumvereins

statt; das Hauptergebnis der Debatte war nach der „Schles. Volks-Ztg.“ die Bechlussfassung über folgende Statutenänderungen: § 1 soll künftig lauten: „Der Breslauer Consumverein beweist ausschließlich seinen Mitgliedern unverfälschte Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von guter Qualität gegen sofortige Baaraufzahlung zu billigen, durch Großkäufe zu ermöglichen Preisen zu beschaffen und ihnen aus einem etwa dabei erzielten Überschüß Capital zu sammeln.“ In § 22 soll der Geschäftsanteil der Mitglieder von 30 auf 10 M. ermäßigt werden und das Rentenemtirelief soll durch folgende Neufassung des § 32 beseitigt werden: „Die Direction und der Verwaltungsrath erhalten einen von Jahr zu Jahr von der Generalversammlung zu bestimmenden Gehalt.“ Gegen die Einführung des Wortes „ausschließlich“ bei der Neufassung des § 1 erhoben sich nur 6 Stimmen, damit erledigten sich die anderen in Aussicht genommenen Vorschläge, betreffend Erweiterung der Vereinszwecke von selbst.

— Berliner Geflügel- und Wildbericht vom 5. bis 12. Januar 1891. Der Handel in geschlachtetem Geflügel hat ruhigen, aber regelmäßigen Verlauf genommen. Die Zufuhren waren normal und genügten allen Anforderungen des Bedarfs, so daß selbst für bessere Qualitäten kaum höhere Preise durchgesetzt waren. Gänse, für die die Saison vorbei ist, waren vernachlässigt, dagegen Puten beachtet. — Detailpreise, je nach Größe und Güte pro Stück: Gänse (Tüftler, westpreußische, pommersche, mecklenburgische, Oberbrücher &c.) 4 bis 12 M. und darüber (per 1/2 Kilogramm 50 bis 65 Pf.), Enten 1,50 bis 2,75 Mark (per 1/2 Kil. 55 bis 70 Pf.), Hühner 70 Pf. bis 2,00 M., Hamburger Küken 1,10—1,30 M., Perlhühner 2—2,75 M., Kapuinen 2 bis 2,60 Mark, Puten, hiesige, 4—7 M., Meier, Brüsseler &c. 5—8 Mark. — Wild hatte ungewöhnlich starke Zufuhr und konnte nur zum kleineren Theile vom Bedarf aufgenommen werden. Den augenblicklichen Bestand an Hasen schätzt man auf 10—12 000 Stück. In der Central-Markthalle brachten: Rothwild 30 bis 45 Pf., Damwild 38—75 Pf., Rehwild 60—90 Pf., Wildschweine 28 bis 40 Pf., Uebeläufer und Frischlinge 40 bis 45 Pf. pro 1/2 Kilogramm, Hafen 2—2,40 pro Stück. — Detailpreise pro Stück je nach Beschaffenheit: Hasenaufläufe 2,00—4,50 M., Hasenkönnchen 2—3 M., Birkenhähne bis 2,50 M., Birkenhennen 1,50 bis 2 M., Wildenten bis 1,50 Mark, Schneehühner 1,10 bis 1,40 M., Haselhühner 1,10 bis 1,30 M., Hafen, exkl. Balg 2,25 bis 3,00 M., Rehfüßen 4—6 M., Rehkruden 9—13 M., Hirschkükle 7 bis 10 M., Hirschkruden 12—17 M.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

• Posen, 12. Januar. [Verkehrsstörung. — Raczyński'sche Bibliothek.] In Folge des außerordentlich starken Schneefalls konnten die Posener Pferde-Eisenbahn heute Morgen ihre Fahrten nicht aufnehmen. Dieselbe beschäftigte gegenwärtig eine große Anzahl von Arbeitern mit dem Freimachen des Schienengeleises; trotzdem dürfte die Pferdebahn heute doch wohl kaum dazu kommen, ihren Betrieb wieder aufzunehmen. — Herr Raczyński, der langjährige zweite Bibliothekar der hiesigen Raczyński'schen Bibliothek, ist nach langen Leiden in der vergangenen Nacht gestorben.

Telegramme.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

k. London, 13. Januar. Harcourt demonstriert das Gericht, Gladstone beabsichtige, aus dem politischen Leben zurückzutreten.

m. Washington, 13. Januar. Im Namen der britischen Regierung wurde hier bei dem obersten Gerichtshof Berufung eingelegt gegen die 1887 erfolgte Beschlagnahme des kanadischen Schooners „Shayward“.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Essen a. d. R., 13. Januar. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, starb Dr. Natorp, der Generalsekretär des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund, gestern Abend in Folge einer Lungenentzündung.

Paris, 13. Januar. Der „Sécile“ meldet, der Députierte Dillon, welcher am nächsten Freitag in Frankreich landen soll, werde definitiv zum einzigen Leiter der irändischen Partei gewählt werden.

— Die „Débats“ veröffentlichte eine in einem Briefe des Generals Beaumont enthaltene von Marshall Mac Mahon gezeichnete Erklärung, er habe zwar am Vorabend der Schlacht von Sedan Napoleon das Decret betreffs der Ernennung Gallifet zum Brigadegeneral vorgelegt, das Decret wurde aber niemals unterzeichnet. Er

2. Breslau, 13. Januar. [Von der Börse.] Die Börse begann in unausgesprochener, für Bergwerkspapiere aber in entschieden fester Haltung. Zunächst war es die gestrige Auslassung des Finanzministers betrifft Anschaffung von Eisenbahnmaterial, welche den Montanmarkt anzuregen schien, dann wirkten aber auch die hohe Glasgow-Notiz sowie die Beilegung des Ausstandes auf dem der Bedarfs-Gesellschaft gehörigen Schmiederschacht, kräftig anregend. Im Verlaufe des ziemlich geringen Verkehrs vermochte sich die für Bergwerke vorhandene günstige Tendenz allmählich auch den anderen Gebieten mitzuteilen. Namentlich stellte sich für ungar. Goldrente gute Kauflust ein, welche später auch für österr. Credit-Aktionen vorhanden war. Türkische Anleihe behauptet. Rubelnoten vernachlässigt. Schluss: Montanwerke gefragt, namentlich Laura- und Donnersmarckhütte.

Per ultimo Januar (Course of 11—13 Uhr) Oesterr. Credit Actionen 174 $\frac{1}{2}$ —175 $\frac{1}{4}$ bez., Ungh. Goldrente 92—91 $\frac{1}{2}$ —92 $\frac{1}{4}$ bez., do. Papierrente 89 $\frac{1}{4}$ —90 $\frac{1}{4}$ bez., Vereinigte Königs-u. Laurahütte 141 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{4}$ bis 141 $\frac{1}{2}$ bez., Donnersmarckhütte 88 $\frac{1}{2}$ bez., nach der Notiz 89 $\frac{1}{4}$ bez. u. Gd., Oberschles. Eisenbahnbedar 89 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{4}$ bez., Orient-Anleihe II 77 $\frac{1}{4}$ bez., Russ. Valuta 238 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{4}$ bez., Türk. Loose 81 bez., Schles. Bankverein 123 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Breslauer Disconto-Bank 106 $\frac{1}{4}$ Gd., Bresl. Wechslerbank 105 $\frac{3}{4}$ —106 bez., Lombarden 59 Gd.

Answärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Teleg. Bureau.)

Berlin, 13. Januar, 11 Uhr 50 Min. Credit Actionen 174, 75. Laurahütte —. Ruhig.

Berlin, 13. Januar, 12 Uhr 25 Min. Credit Actionen 174, 60. Staatsbahn 109, 70. Lombarden 59, —. Italiener 93, 10. Laurahütte 141, 20. Russ. Noten 238, —. 4 $\frac{1}{2}$ Ungh. Goldrente 92, —. Orient-Anleihe II 77, 75. Mainzer 118, 70. Disconto-Commandit 216, 30. Türk. Loose 18, 80. Fest.

Wien, 13. Januar, 10 Uhr 15 Min. Oesterr. Credit-Actionen 307, 25. Marknoten 56, 35. 4% Ungh. Goldrente 103, 70. Ruhig.

Wien, 13. Januar, 11 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Act. 307, 25. Anglo Austrian 165, —. Staatsbahn 246, 75. Lombarden 132, 15. Galizier 208, 50. Oesterr. Silberrente 90, 75. Marknoten 56, 27. 4% Ungh. Goldrente 103, 60. do. Papierrente 101, 15. Alpine Montan-Aktionen 92, 70. Lustlos.

Frankfurt a. M., 13. Januar. Mittags. Credit-Actionen 271, 50. Staatsbahn 219, —. Galizier 185, 50. Ung. Goldrente 91, 90. Egypt 97, 80. Laurahütte 141, —. Abwartend.

Paris, 13. Januar. 3% Rente 95, 12. Neueste Anleihe 1877 105, 07. Italiener 92, 55. Staatsbahn 545, —. Lombarden 10, —. Egypt 490, 62. Träge.

London, 13. Januar. Consols von 1889 96, 13. Russen Ser. II 98, —. Egypter 96, 75. Thauwetter.

Wien, 13. Januar. [Schluss-Course] Befestigt.

Cours vom 12. 13. Cours vom 12. 13. Credit-Actionen 308 — 307 75 Marknoten 56 30 56 25 St. Eis.-A.-Cert. 247 — 246 50 40% ung. Goldrente 103 75 103 85 Schlesischer Cement 135 60 136 — do. 1 " 3 M. — 20 23 Lomb. Eisemb. 132 25 132 — Silberrente 90 85 90 80 Galizier 208 75 208 50 London 114 60 114 60 do. St. Pr.-A. 188 75 189 — Ungar. Papierrente 101 30 101 15 9 08 9 07 1/2

Glasgow, 13. Januar, 11 Uhr 10 Min. Vormitt. Roheisen Mixed numbers warrants 47, 10. Stetig.

wisse nicht, wie Gallifet sich zum General ernennen ließ, ohne daß Decret erhalten zu haben. Die „Débats“ führen ausführlich den Beweis, daß ein Irthum Mac Mahons vorliege.

London, 13. Januar. T. C. and M. Clark & Company in London, welche die meisten argentinischen Eisenbahnen bauten, stellten ihre Zahlungen ein, weil sie ihre Obligationen der argentinischen Nordostbahn nicht veräußern konnten. Die Activa betragen 1 Million Pfund, die Passiva 400 000 Pf. Sterling.

Madrid, 13. Januar. Die Blätter melden, die spanische Regierung theilte der französischen offiziell die Verhaftung Padlewskis mit. Die Auslieferung wird beantragt, falls die Identität des Verhafteten mit Padlewski durch nach Olot entstandene französische Agenten festgestellt wird.

Petersburg, 13. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg“ bespricht das Finanzexposé und weist auf den Schluss desselben hin, worin sich der Finanzminister zum Dolmetscher von ganz Russland mache, indem er der vorsorglichen, festen und friedliebenden Politik des Kaisers seine Huldigung darbringt.

Newyork, 12. Januar. Die Philadelphia Reading-Eisenbahn zahlt wegen der vermindernden Einfüsse keine Dividende auf die Preference Income Bonds. — Die Handelskammer nahm eine Resolution gegen die freie Ausprägung von Silber an.

Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 12. Januar, 12 Uhr Mitt. D.-P. — m. U.-P. + 0,13 m. — 13. Januar, 12 Uhr Mitt. D.-P. — m. U.-P. + 0,08 m.

Handels-Zeitung.

Magdeburg, 13. Januar. Zuckerbörse. (Orig.-Teleg. d. Bresl. Ztg.)

| | | |
|----------------------------------|-------------|-------------|
| Kornzucker Basis 92 p.Ct. | 16,80—17,15 | 16,80—17,15 |
| Rendement Basis 88 p.Ct. | 15,80—16,20 | 15,80—16,20 |
| Nachprodukte Basis 75 p.Ct. | 12,70—13,65 | 12,70—13,65 |
| Brod-Raffinade ff. | 27,25—27,50 | 27,25—27,50 |
| Brod-Raffinade f. | 27,00—27,25 | 27,00—27,25 |
| Gem. Raffinade II. | 26,25—27,50 | 26,25—27,50 |
| Gem. Melis I. | 25,25 | 25,25 |

Tendenz: Rohzucker unverändert. Raffinirte unverändert. Termine: Januar 12,45 Mark, Februar 12,52 $\frac{1}{2}$ M., März 12,65 Mark. — Ruhig, stetig.

Hamburg, 13. Januar, 10 Uhr 57 Min. Vorm. Zuckermarkt. (Telegramm von Arenthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.) (Verspätet eingetroffen.) Januar 12,42 $\frac{1}{2}$, März 12,62 $\frac{1}{2}$, Mai 12,62 $\frac{1}{2}$, Juli 13,02 $\frac{1}{2}$, August 13,15, October 12,62 $\frac{1}{2}$. Tendenz: Ruhig.

Hamburg, 13. Januar, 10 Uhr 25 Min. Vormittags. Kaffeemarkt. (Telegramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) März 77 $\frac{1}{4}$, Mai 75 $\frac{1}{4}$, September 73 $\frac{1}{4}$, December 67 $\frac{1}{4}$. — Tendenz: Ruhig, aber fest. 2 täg. Künd.: Rio 8000, Santos 11 000. New-York 10 Pence Hause.

Leipzig, 12. Januar. Kamitzug-Terminmarkt. (Orig.-Bericht von Berger & Co. in Leipzig.) Die Preise am heutigen Markte bewegten sich auf ungefähr dem Schlussniveau vom Sonnabend, doch war die Stromung etwas fester. Man handelte Vormittags:

| | | |
| --- | --- | --- |
| Januar | 5 000 Kg. à 4,35 | M. |

<tbl_r cells="3" ix="2"

Nordstern, Lebensversicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin. Nach einer uns von der Direction zugegangenen Mitteilung sind im Jahre 1890 2782 neue Versicherungen über 11664574 M. Capital und 16143,13 M. jährliche Rente geschlossen worden und der Versicherungsbestand stellte sich am Ende des Jahres auf 26022 Versicherungen über 94937708 M. Capital und 107691,51 M. jährliche Rente. Die Sterblichkeit war trotz der in den ersten Monaten des Jahres noch herrschenden Influenza eine für die Gesellschaft günstige; es wurden durch Todestalle von Versicherten zahlbar 680599 M., davon für eigene Rechnung der Gesellschaft (also abzüglich Rückversicherung) 613482 M., d. i. trotz des schnell zunehmenden Versicherungsbestandes noch 81286 M. weniger als im Jahre 1889 und 107952 M. weniger als im Jahre 1888. Da auch die Zinsverhältnisse sich besonders in der zweiten Hälfte des Jahres wieder günstiger gestalteten, steht ein für die Versicherten wie für die Actionäre befriedigender Rechnungsschluss zu erwarten.

Trautenuau, 12. Januar. [Garnmarkt.] Der heutige Garnmarkt war von in- und ausländischen Käufern sehr zahlreich besucht, und ein reger Begehr gab dem Markte einen lebhaften Charakter. Insbesondere sind Linegarne sehr gut gefragt, welche auch befriedigenden Absatz finden. Notirungen sind in Line- und Towgarnen durchgehends unverändert wie in den letzten Wochen.

Der Londoner Silbermarkt schloss Ende letzter Woche in stiller Haltung und $\frac{1}{2}$ d niedriger zu $48\frac{1}{2}$ d für Barren. Am Montag öffnete der Markt noch gedrückter und der Barrenpreis fiel um $\frac{1}{4}$ d und am Dienstag büsste er wiederum $\frac{1}{4}$ d ein. Um Mitte der Woche wurde dieser Rückgang indess wieder eingeholt und die Notirung berührte wieder $48\frac{1}{2}$ d. Seitdem ist der Markt sehr matt geworden und die Notirung hat sich nicht verändert.

Egyptische Finanzen. Das egyptische Budget für 1891 schliesst in seiner Gesammtziffer, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, mit 9 820 000 L. E. Einnahme und 9 320 000 L. E. Ausgaben, also mit der Erwartung eines Ueberschusses von 500 000 L. E. gegen nur 150 000 L. E. im Vorjahr. Der Frankf. Ztg. wird hierzu geschrieben, dass hinter die Grundsteuer mit nur 5,1 Mill. L. E. aufgenommen ist, wie im Vorjahr, obwohl sie fast 5,3 Mill. L. E. erbringen soll und dass die anderen directen Abgaben mit nur 155 000 L. E. eingestellt sind gegen vorjährige 248 000 L. E., weil vom 1. Januar an die Steuern auf Schafe, wie die Octroi-Abgabe auf Oelfrüchte und Oele abgeschafft werden. Die Einnahme aus der Tabakeinfuhr, die im laufenden Jahre etwa 1 250 000 L. E. betrug, wird, weil ihr grosses Plus aus Ueberfüllung in Folge des erhöhten Zolles resultierte, diesmal auf nur 250 000 L. E. veranschlagt; doch sind dem noch 510 000 L. E. hinzugerechnet, die aus den 1890er Tabakzöllen als Reserve vorgetragen werden. Unter den Ausgaben figurirt der Tribut mit 665 041 L. E. gegen 678 397 L. E. im Vorjahr, das Zinsfordermiss der gesammten Staatschuld mit nur 4 061 035 L. E. gegen 4 263 095 L. E. im Vorjahr. Der erwartete Ueberschuss ist um so statthlicher, da dem diesmal auf 53 000 L. E. beschränkten Erlasse an Abgaben im Jahre 1890 bereite Abschaffungen im Betrage von 325 000 L. E. vorangegangen sind. Dennoch ist die von der Regierung eingesetzte Finanzcommission nicht zufrieden, weil die vorhandenen Einrichtungen zwar der Caisse de la Dette publique grosse Kassentüberschüsse geben, die Staatskasse aber oft Noth leiden lassen. Nach dem Anschlage für 1891 sollen die den Anleihen überwiesenen Einkünfte, auch nachdem davon schon 7 pCt. für den Staatsschatz gekürzt sind, noch 4 345 681 L. E. bringen, während der Zinsdienst nur 3 316 240 L. E. betragen wird. Der Caisse stehen also 1 029 441 L. E. in Aussicht, von denen sie 377 569 L. E. hergeben muss, um das Deficit des Staatsschatzes gegen die durch die Londoner Conferenz normirten Ausgaben zu decken. Weiter würde die Caisse 311 642 L. E. als Gewinn der Conversionen bei Seite zu setzen haben, sofern die Mächte nicht inzwischen sich über die Art der Verwendung einigen. Auch dann noch blieben der Caisse 340 230 L. E. Ueberschuss, von denen ja 170 000 L. E. der Reserve bezw. dem Staatsschatze auszuliefern sein werden. Im Laufe des Jahres wird daher, so führt die Commission aus, die Caisse de la Dette im Geld schwimmen, der Finanzminister aber, weil er an den Ueberschüssen der Caisse erst nach Jahresschluss partizipirt, oft wieder Bankredite in Anspruch nehmen müssen. Der Finanzminister beabsichtigt deshalb, mit der Caisse über Abhilfemittel zu unterhandeln

Landwirthschaftliche Rundschau in Schlesien.

T. Breslau, 9. Januar.

Der Winter scheint mit eiserner Consequenz seine Dauer innehalten zu wollen, denn bereits seit dem 27. November bis heut hat er sich in seiner Signatur nur wenig geändert. Eine genügende Schneedecke, die unsern meist schwachen Saaten den nötigen Schutz gewährt, ist vorhanden, und der Erdboden namentlich bei den Herbustümern ist bis zu

einer mächtigen Tiefe gefroren. Dies sind Vorkälle, die speckel der Landwirtschaft zugute kommen und auf das normale Eintreten eines regulären Frühjahrs hoffen lassen. Nach der weit verbreiteten Ansicht unserer Wetterpropheten soll ein regulärer Winter in drei Abschritte, den Vor-, Haupt- und Nachwinter, zerfallen. Wir befinden uns allerdings noch eigentlich im Vorwinter; doch da derselbe jetzt schon beinahe 7 Wochen ohne besondere Veränderung anhält, so glauben wir annehmen zu dürfen, daß es der Hauptwinter ist, der uns seine Strenge fühlen läßt. — Wir sind keine Freunde einer veränderlichen milden Witterung im Januar, denn nach unseren langjährigen Erfahrungen zieht uns die Natur jeden verlorenen Wintertag von dem uns ohnedies künstlich zugemessenen Frühjahrsconte ab. Sehr oft schon hat ein warmer, sonniger und dabei trockener Januar bereits den Pflug oder gar die Egge in Thätigkeit gesetzt und sich mitunter so günstig erwiesen, daß in einzelnen Gegenden, wenn die Acker bereits vorbereitet waren, Sommerweizen oder Sommerroggen gesät werden konnte. Aber alle diese Feldarbeiten verrichtet der Landwirt während dieser ungewöhnlichen Zeit mit einem gewissen Misstrauen, da er instinctiv herausfühlt, daß sicher die nächste Woche, wenn nicht schon der nächste Tag, sich bitter für die unnatürliche Nachgiebigkeit des Januar rächen werde. Im Allgemeinen kann man aber wohl mit Sicherheit annehmen, daß eine optimale Störung der Natur während der Winterruhe durch völliges Aufthauen des Erdbreiches und durch vorzeitig sich entwickelnde Vegetation niemals von Nutzen für unsere Culturpflanzen sein kann. — Der geringe Stand eines großen Theiles der Winterblumen (Raps ausgenommen), die durch nasse Bestellung, Schnecken und Mäuse nicht unerheblich gelitten haben, wird viele Landwirthe zum Frühjahr zwingen, Saatflächen umzuwenden und mit Sommerung zu bestellen. Wie machen hierbei die kleineren Grundbesitzer in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, immer nur solche Getreidearten zu bestellen, die dem Boden vollständig aufzagen, aber sich nie verleiten zu lassen, Weizen dorthin zu säen, wo Roggen hingehört, oder Gerste anbauen zu wollen, wo Hafer allein eine lohnende Ernte versprechen kann. In den Gegenden mit reichem fruchtbarem Boden verdient bei warmer Lage Gerste gegenüber dem Hafer den Vorzug, während das umgekehrte Verhältnis vorliegt, wo sogenannter Roggenboden vorherrscht und wo bei rauher Lage auch gleich Mangel an Bodenkraft und vornehmlich Kalk zu finden ist. Diese hier angeführten Missverhältnisse sind meist die natürlichen Ursachen des jetzt so vielfach beklagten Misserfolgs der Gerste, wozu noch ungünstige klimatische Einflüsse und gewisse Fehler bei der Bestellung das ihre beitragen. — Der Gesundheitszustand unserer Landwirtschaftlichen Haustiere, namentlich der Bielshuer, hat sich im Allgemeinen ungemein gebessert, und die Maul- und Klauenseuche wird auf immer engere Grenzen beschränkt. Leider haben die während der langen Zeit der Seuchenperiode gemachten Erfahrungen hinsichtlich des Auftretens und der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche dargethan, daß diese Krankheit, wo sie einmal eingeschleppt wird mit den gewöhnlichen veterinärpolizeilichen Maßregeln schwer aufzuhalten ist. Der Grund hierfür liegt in der leichten Übertragbarkeit und Flüchtigkeit des Ansteckungsmittels und dessen Fortführung nicht allein durch kranke Thiere, sondern auch durch zahlreiche Zwischenträger, und wir wollen noch besonders aufmerksam machen, daß auch Viehhändler, Fleischer, Schäfer, Hirten, Futtermänner und das weibliche Stallpersonal viel zur Verbreitung der Viehseuche beitragen können.

Vorträge und Vereine.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. In der am 5. d. M. abgehaltenen Versammlung der Section für Obst- und Gartenbau hielt Oberstabsarzt Professor Dr. Schröter einen Vortrag „Über die in neuerer Zeit aufgetretenen Krankheiten des Weinstocks“. Der Vortragende führte etwa folgendes aus: Der Wein gehört zu den Gewächsen, deren Ertrag in hohem Grade unsicher ist. Schön das Auftreten von Spätfrost im Frühjahr vermag mitunter die ganze Ernte in Frage zu stellen. Außerdem ist es aber auch noch eine Menge von Schädlingen aus der Thier- und Pflanzenwelt. Unter den durch diese Schädlinge hervorgerufenen Krankheiten war früher die sogenannte Traubenvonkankheit sehr verbreitet, die bereits im Jahre 1853 von Geheimrat Ferdinand Cohn, damals Privat-Docent, in ihrem Wesen erkannt worden ist. Sie entsteht durch das Auftreten des Pilzes Oidium Tuckeri, der an den Pflanzen kleine braune, vertrocknete Flecken bildet. Er besetzt die Blätter, Zweige und Fruchtsäfte, wird aber erst dann besonders schädlich, wenn er auch an den grünen Beeren der Trauben wächst, deren Oberhaut er tödtet; die befallenen Beeren können sich nicht mehr ausdehnen, plazieren, und wenn sie nicht vertrocknen, so fallen sie der Fäulnis zum Opfer. Der Pilz tritt alljährlich mit erhöhter Macht auf, sodass er z. B. auf Madeira die gänzliche Vernichtung der Weinlultur zur Folge hatte. Jetzt, seitdem man ein sicheres Mittel, das Schwefel der Weinländer, gegen diese Pilze anwendet, ist das Oidium Tuckeri nicht mehr gefährlich. Weit schlimmer ist der im vorjährigen Jahr leider auch schon in Neukirch, Kreis Breslau, aufgetretene Pilz Peronospora viticola. Das Auftreten dieses

Pilzes ist auf eigenhümliche Weise herbeigeführt worden. Um nämlich die Reblaus, Phylloxera vastatrix, zu bekämpfen, hatte man Anfang der siebziger Jahre amerikanische Rebarten, deren Wurzeln widerstandsfähiger als die der europäischen Sorten gegen die Angriffe der Reblaus sind, in Frankreich eingeführt, die einheimischen Reben auf Wurzeln von amerikanischen Sorten gepflanzt und dadurch allmälig wieder gute Ernten erzielt. Mit den amerikanischen Pfändlingen aber wurde auch die Peronospora viticola, die derselben Gattung wie der verheerende Kartoffelpilz (Peronospora infestans) angehört, in Europa eingeschleppt. Der Pilz wuchert auf der unteren Seite der Blätter, besonders an den Blattnerven, und tödtet die Blätter in kurzer Zeit; als mittelbare Folge zeigt sich auch ein Schwarzwerden und Einschrumpfen der Beeren. Die Verbreitung dieser Peronospora viticola ist unglaublich groß, schon jetzt sind alle weinbauenden Länder Europas davon befallen. Im vergangenen August wurden dem Vortragenden infizierte Blätter aus dem Garten des Herrn Rüsen in Neukirch bei Breslau gefunden, bald darauf schon wurde der Pilz in großer Menge an Weinhaltern in Koblenz gefunden. Herr Rüsen, der in der Versammlung anwesend war, gab noch nähere Mitteilungen über die großen Schädigungen, die die Peronospora in seinen Weinschlössern verursacht hat — er hatte auf einen Vertrag von mindestens 15 Centner Weintrauben gerechnet, hat aber auch nicht eine gefundene Traube gerntet — und stellte den Antrag, daß die Section Schritte bei der Regierung thun solle, um der weiteren Verbreitung des gefährlichen Feindes Einhalt zu thun. Professor Dr. Schröter bemerkte dazu, daß es zunächst erwünscht wäre, weitere Mitteilungen über das Auftreten und den von dem Pilze verursachten Schaden abzuwarten. Das einzige Mittel sei bis jetzt, die von der Peronospora befallenen Blätter abzuschneiden, sowie das abgefallene Laub sorgfältig zu sammeln und zu verbrennen; seien aber nicht ganze Gemeinden und selbst grössere Verbände zusammen entschlossen, dies einheitlich durchzuführen, so müsse alle Mühe nichts, da ein einziger befallener Weinstock die ganze Gegend aufs Neue verseuchen könne. Der Referent erwähnt hierauf noch kurz den Traubenschimmel, Botrytis cinerea, der durch feuchte Luft begünstigt, ab und zu in den Weinbergen auftritt und hier auf den Blättern sein Dauermycel, Sclerotium echinatum, bildet; ferner den in Grünberg unter dem Namen „Schwarzes Gift“ bekannten Schwarzschnabel, Madosprium vitis, und einige andere Pilze, die in den holzigen Theilen des Weinstocks wuchern. Nachdem die Versammlung dem Redner ihren Dank bezeugt hatte, wurde zum Schlus noch auf Antrag des Professors Dr. Brantl genehmigt, daß dem Geschäfts-Comités für die Gartenbau-Ausstellung, die 1892 in Breslau abgehalten werden soll, die notwendigen Geldmittel vorschüssigweise zur Verfügung gestellt werden sollen.

Soennecken's Briefordner

D. R. Pat. Für Geschäfte unentbehrlich! Ueberall vorrätig.
Berlin * F. SOENNECKEN's VERLAG. BONN * Leipzig

Familien-nachrichten.

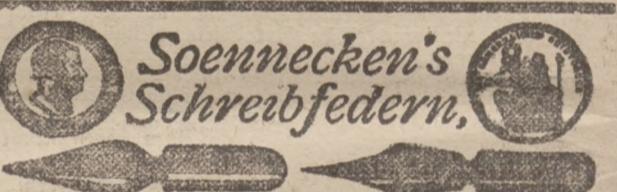
Gestorben: Consul Johann Georg Schepeler, Wiesbaden. Major a. D. Adalbert v. Hugo, Hannover. Frau Particular Hedwig Wühff, geb. Schindler, Breslau. Eisenbahn-Hauptklasse Buchhalter a. D. Eduard Bieblo, Breslau. Bleichdirektor Carl Kroenig, Bielefeld-Gadderbaum. Eine Tochter: Rittmeister Baron Degen v. Monteton, Deutscher Lieutenant Günther von Putzhammer, Henfenhagen b. Gienow. Pr.-Lt. v. Gröling, Weizenfels.

In jeder Handlung vorrätig.

i. grosser Auswahl, als angenehmste Festgeschenke empf. d. Kunstdruckerei Theodor Lichtenberg, Zwingplatz 2.

Gerahmte Bilder

anerkannt vorzüglichste Qualität und Construction. Ausführliche Preisliste mit Abbildungen auf Wunsch kostenfrei. Berlin. F. Soennecken's Verlag, Bonn-Leipzig.



In jeder Handlung vorrätig.

per 100 Kilogr. höchst. niedr. höchst. niedr. höchst. niedr. niedr. niedr.

| | Wheat, white new | 19/50 | 19/30 | 18/90 | 18/40 | 17/90 | 17/40 |
|--------------------|------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Weizen, yellow new | 19/40 | 19/20 | 18/90 | 18/40 | 17/90 | 17/40 | |
| Rye | 17/60 | 17/30 | 17/10 | 16/90 | 16/40 | 15/90 | |
| Oatmeal | 16/80 | 16/10 | 15/20 | 14/70 | 14/10 | 13/80 | |
| Barley old | 13/20 | 13/— | 12/80 | 12/60 | 12/40 | 12/20 | |
| Barley new | 16/80 | 16/30 | 15/80 | 15/30 | 14/10 | 13/80 | |

Festsetzungen der Handelskammer-Commission.

| | fine | middle | ordinary | Waare. |
|---------------------|------|--------|----------|----------|
| Rapeseed | 24 | — | 21 | 90/19/60 |
| Winterturnips | 23 | 20 | 20 | 29/19 |
| Sommerturnips | — | — | — | — |
| Dotter | 19 | 50 | 18 | 50/17/50 |
| Schlaglein | 21 | 50 | 20 | 18/— |
| Hanfsaat | — | — | — | — |

Breslau, 13. Januar. Preise der Cerealen. Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Commission.

| | good | middle | low | high |
|--------------------|---------|--------|--------|---------|
| per 100 Kilogr. | highest | middle | lowest | highest |
| Wheat, white new | 19/50 | 19/30 | 18/90 | 18/40 |
| Weizen, yellow new | 19/40 | 19/20 | 18/90 | 18/40 |
| Rye | 17/60 | 17/30 | 17/10 | 16/90 |
| Oatmeal | 16/80 | 16/10 | 15/20 | 14/70 |
| Barley old | 13/20 | 13/— | 12/80 | 12/60 |
| Barley new | 16/80 | 16/30 | 15/80 | 15/30 |

Festsetzungen der Handelskammer-Commission.

| | fine | middle | ordinary | Waare. |
|---------------------|------|--------|----------|----------|
| Rapeseed | 24 | — | 21 | 90/19/60 |
| Winterturnips | 23 | 20 | 20 | 29/19 |
| Sommerturnips | — | — | — | — |
| Dotter | 19 | 50 | 18 | 50/17/50 |
| Schlaglein | 21 | 50 | 20 | 18/— |
| Hanfsaat | — | — | — | — |

Breslau, 13. Januar. [Breslauer Landmarkt.] Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 30,50—31,00 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 27,50 bis 28,00 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken. a) inländisches Fabrikat 9,20—9,60 M. b) ausländisches Fabrikat 8,80—9,20 M. — Roggenmehl, fein, per Brutto 1